

## Parlamentssitzung 9. Februar 2009

# Protokoll

Aula Schule Hessgut (Liebefeld)  
19.00 – 21.25 Uhr

**Vorsitz** Harald Henggi (FDP), Parlamentspräsident

## Anwesend

Peter Antenen (FDP)  
Christian Balz (FDP)  
Annemarie Berlinger-Staub (SP)  
Bernhard Bichsel (jfk)  
Markus Bont (EVP)  
Evelyn Bühler (FDP)  
Christian Burren (parteilos)  
Ignaz Caminada (CVP)  
Claudia Egli-Steiner (SP)  
Heinz Engi (FDP)  
Liz Fischli (Grüne)  
Martin Graber (SP)  
Hermann Gysel (EVP)  
Thomas Herren (FDP)  
Niklaus Hofer (SVP)  
Andreas Jungo (SP)  
Hanspeter Kohler (FDP)  
Daniel Krebs (SVP)  
Valentin Lagger (CVP)

Stefan Lehmann (SVP)  
Anna Mäder (SP)  
Urs Maibach (Grüne)  
Brigitta Matter (SD)  
Hans Moser (SVP)  
Daniel Oester (jfk)  
Hansueli Pestalozzi (Grüne)  
Jan Remund (Grüne)  
Christian Roth (SP)  
Elisabeth Rügsegger (SVP)  
Ueli Salvisberg (parteilos)  
Christoph Salzmann (SP)  
Rita Sidler Omoregbee (SP)  
Markus Stähli (FDP)  
Hugo Staub (SP)  
Mark Stucki (FDP)  
Ursula Wyss (Grüne)  
Rolf Zwahlen (EVP)

**Entschuldigt** Alfred Arm (SP)

Stephie Staub-Muheim (SP)

**Gemeinderat** Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident  
Urs Wilk (FDP), Vizepräsident  
Judith Ackermann (FDP)  
Rita Haudenschild (Grüne)

Katrin Sedlmayer (SP)  
Marianne Streiff (EVP)  
Ueli Studer (SVP)

**Sekretär:** Markus Heinzer

**Protokoll:** Ruth Spahr

## Inhaltsverzeichnis

1.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 16. Januar 2009 .....	15
2.	Kommissionsersatzwahlen.....	16
3a.	<i>verschoben aus der Sitzung vom 16. Januar 2009, Traktandum 6: 0827</i> Motion (Grüne) "Möglichkeit zur Aufhebung der Parkplatz- Ersatzabgabepflicht" .....	16
3.	0829 Postulat (Lagger/Caminada) "Tagesschulen in der Gemeinde Köniz" .....	17
4.	0831 Motion (SP) "Keine Kinderarbeit im Könizer Beschaffungswesen! - Berücksichtigung der IAO-Kernübereinkommen" .....	22
5.	0832 Postulat (SVP) "Landwirtschaft und Alternativenergie" .....	25
6.	0834 Interpellation (Jugendparlament) "Sicherheit im öffentlichen Raum" .....	27
7.	0835 Interpellation (Grüne) "Quartierverträglichkeit der Rolli Transport AG" .....	31
8.	0836 Interpellation (EVP) "Platzmangel Schule Niederwangen" .....	31
9.	Verschiedenes.....	32

## Begrüssung

**Parlamentspräsident Harald Henggi:** Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur Parlaments-sitzung. Bei der heutigen Sitzung handelt es sich um eine richtiggehende "Vorstoss-sitzung". In meiner Antrittsrede habe ich Mani Matter zitiert: "Es braucht welche, die fragen". Heute hat es sogar "welche gebraucht, die anpacken". Dies, weil der Saal nicht vorbereitet war und von einigen tatkräftigen Anpackenden innert schnellster Frist für die Sitzung bereit gemacht worden ist. Besten Dank.

Ich lese ein Schreiben vor, das ich am 18. Januar 2009 erhalten habe: "Hiermit erkläre ich den Austritt aus dem Könizer Parlament. Ich habe rasch tiefen Einblick in die komplexe Arbeit des Parlaments gewonnen und feststellen müssen, dass dies nicht meine Welt ist. Aus Respekt gegenüber dem Parlament, meiner Fraktion und meinen Wählern möchte ich einem Nachfolger Platz machen. Ich danke für die freundliche Aufnahme und wünsche dem Parlament weiterhin viel Erfolg zugunsten der Bürgerinnen und Bürger von Köniz. Mit freundlichem Gruss, Andreas Jungo."

Andreas, ich danke dir für deine kurze Zeit im Parlament und wünsche dir für die Zukunft alles Gute.

**Christian Roth (SP):** Ich gebe einige Stichworte zu Andreas Jungo bekannt: Ich habe dich, Andreas, anlässlich des Wahlkampfes 2005 als Basisaktivisten kennen gelernt, d. h. als jemanden, der bei Wahlaktionen mittat. Du bist, wie ich auch, damals nicht gewählt worden. Mitte 2008 bist du für die austretende Elsbeth Troxler ins Parlament nachgerutscht. Du bist ein stiller Schaffer, ein guter Beobachter, jedoch kein Freund ausschweifender Worte. Das haben wir in fraktionsinternen Diskussionen schnell bemerkt. Du wolltest eine Sache möglichst schnell auf den Punkt bringen. Leider hast du dich nach kurzer Zeit entschlossen, den Stab bereits wieder weiterzugeben, was wir in der Fraktion sehr bedauern, selbstverständlich aber akzeptieren. Wir geben dir von unserer Seite etwas mit auf den Weg. Zum einen etwas, das wir heute bereits gehört haben, nämlich eine Glocke, damit du auch ohne Mitgliedschaft im Parlament in den Genuss eines solchen Tonerzeugers kommst. Zum anderen übergeben wir dir einen Gutschein. Ich wünsche Dir alles Gute für die Zukunft.

## Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 37 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsident Harald Henggi:** Der ordentliche Aktenversand hat am 15. Januar 2009 stattgefunden. Mit dem Nachversand vom 3. Februar 2009 haben Sie eine ergänzte Traktandenliste, das Protokoll der Januarsitzung, eine Akte für eine Schulkommissionersatzwahl und die Übersicht über die Geschäftsplanung erhalten. Im Weiteren bitte ich Sie, sich das Datum für den Parlamentsausflug zu notieren. Er ist für Freitag, 28. August 2009 geplant.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsident Harald Henggi:** Zuerst eine Bemerkung zur Interpellation 0837 von Stephanie Staub "Öffentliche Kinderspielplätze, eine Visitenkarte für die Gemeinde". Dieses Traktandum ist auf der ersten Liste im Internet erschienen, auf der Traktandenliste im Aktenversand aber wieder verschwunden. Dies aus folgendem Grund: Der Gemeinderat hat die Antwort nicht wie geplant am 14. Januar 2009, sondern erst am 28. Januar 2009 verabschiedet. Damit wird dieses Geschäft für die März-sitzung traktandiert.

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 16. Januar 2009 Genehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 16. Januar 2009 wird ohne Änderungen und mit bestem Dank an die Verfasserin genehmigt.

## 2. Kommissionersatzwahlen

Schulkommission Köniz/Schliern

---

### Wahl

Der Parlamentspräsident Harald Henggi erklärt Barbara Weiss-Zurschmiede (Partei: EVP) für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis 31.07.2010 als Mitglied der Schulkommission Köniz/Schliern gewählt (Nachfolgerin für die zurückgetretene Giuseppina Hübscher, Sitzanspruch: EVP).

---

### 3a. *verschoben aus der Sitzung vom 16. Januar 2009, Traktandum 6:* **0827 Motion (Grüne) "Möglichkeit zur Aufhebung der Parkplatz-Ersatzabgabepflicht"** Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

**Jan Remund (Grüne):** Autofreies Wohnen entspricht einem Kundenwunsch. Es ist kein riesiges Segment, aber in der Region Bern sind Projekte vorhanden, wie z. B. die Realisierung einer autofreien Siedlung in Ostermundigen. Autofreies Wohnen ist ökologisch sinnvoll. Es senkt die Luftverschmutzung, die Lärmemissionen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss, was sich volkswirtschaftlich auszahlen wird. Die Grünen wünschen sich, dass autofreies Wohnen auch in Köniz möglich wird und dass diesem Ansinnen von der Gemeinde keine Steine in den Weg gelegt werden. Das Könizer Baureglement sieht zurzeit autofreies Wohnen nicht vor, dies wäre nur möglich mit Ausnahmegesuchen oder in Überbauungsordnungen. In Zukunft soll die Realisierung von autofreiem Wohnen aber ohne Ausnahmegesuch möglich sein. Wir sind davon ausgegangen, dass die Ersatzabgabepflicht gemäss kantonalen Vorgaben umgesetzt ist. Umso besser, dass die Ersatzabgabepflicht in Köniz nicht angewandt wird. Die Gemeinde hat bislang die Bauherrschaften nicht gerade dazu ermuntert, autofreies Wohnen zu realisieren. Viele sind davon ausgegangen, dass dies nicht möglich ist und haben deshalb kein Gesuch gestellt.

Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates zu, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Die Sachlage ist komplex. Wir finden es gut, dass die Planungsabteilung für autofreies Wohnen in Überbauungsordnungen sensibilisiert werden soll. Wir unterstützen den Gemeinderat in seinem Ansinnen, Anpassungen im Rahmen der Ortsplanungsrevision vorzunehmen. Das erwähnte Parkraumkonzept wäre in unseren Augen sowieso notwendig.

**Peter Antenen (FDP):** Die Motionäre sprechen hier von einem Eingriff in den Markt. Im bestehenden Baureglement ist jedoch kein Hinweis zu finden, der autofreies Wohnen verbietet. Für die FDP geht die nun in ein Postulat umgewandelte Motion zu weit. Sie ist nicht notwendig, denn wer ohne Auto leben und bauen will, kann das realisieren. Der Gemeinderat hält in seiner Antwort fest, dass autofreies Wohnen auch bis anhin bereits möglich war, weil keine zwingende Ersatzabgabepflicht vorhanden ist. Wir stellen uns jedoch folgende Situation vor: Baut ein Bauherr autofrei und hat für seinen Besuch keinen Parkplatz vor dem Haus, wo wird dieses Auto dann stehen? Dieses wird zwangsläufig auf der Strasse parkiert.

Das Postulat ist in den Augen der FDP/jfk-Fraktion völlig überrissen und wir lehnen es ab.

**Christian Roth (SP):** In den Augen der SP-Fraktion ist der Titel des vorliegenden Postulats nicht richtig, denn die Möglichkeit zur Aufhebung der Parkplatzersatzabgabepflicht ist in der Gemeinde Köniz bereits vorhanden. Trotzdem: Die SP-Fraktion hegt gewisse Sympathien für den Vorstoss, ist jedoch der Meinung, dass damit weitgehend offene Türen eingernannt werden. Wir betrachten autofreies Wohnen als ein zunehmendes Bedürfnis von gewissen Bevölkerungsschichten und sind der Meinung, dass diese Form von Wohnen unbedingt gefördert werden soll. Autofreies Wohnen ist ein Beitrag zur Senkung von Luft- und Lärmemissionen und trägt zum bewussteren Umgang mit der eigenen Mobilität bei. Eine Massnahme, die dem Ziel zur Schaffung von autofreiem Wohnen in der Gemeinde Köniz nützt, unterstützen wir grundsätzlich. Wenn sich eine Bauherrschaft jedoch von der kantonalen Pflicht zur Erstellung von Parkplätzen nur durch eine Ersatzabgabepflicht befreien kann, könnte dies dem erwähnten Ziel hinderlich sein. Die Antwort des Gemeinderats zeigt aber klar auf, dass insbesondere für die Ersatzabgabepflicht in der Gemeinde Köniz keine gesetzliche Grundlage besteht. Der Gemeinderat hat dem Parlament kein Reglement über eine Ersatzabgabepflicht vorgelegt, wie in Art. 36 des Könizer Baureglements vorgesehen. Da keine gesetzliche Verankerung vorhanden ist, sieht die SP-Fraktion keinen Regelungsbedarf. Aber, ein Parkplatzbefreiungsgesuch mit der

Begründung "autofreies Wohnen", muss zurzeit mangels gesetzlichem Kriterium via Ausnahmebewilligung und Gemeinderat erfolgen. Das kann je nach politischer Grosswetterlage im Gemeinderat dem Ziel der Förderung von autofreiem Wohnen hinderlich sein. Sie sehen, die SP-Fraktion befindet sich in einem wahrlichen Dilemma. Aufgrund der ziemlich durchgezogenen Ausgangslage hat die SP Stimmfreigabe beschlossen. Das Anliegen hat in unseren Augen die grössten Chancen, wenn es als Postulat erheblich erklärt wird. Damit kann sich der Gemeinderat umgehend und eingehend mit dem richtigen Vorgehen befassen und die rechtliche Lage abschliessend und umfassend klären.

**Valentin Lager (CVP):** Die CVP/EVP-Fraktion wird das Postulat ablehnen. Dies aus denselben Gründen, die meine beiden Vorredner erwähnt haben. Wir lehnen das Postulat ab, weil es einerseits unnötig ist und andererseits eine Situation auf Jahre hinaus zementieren würde. Unnötig ist es auch, weil die Gemeinde Köniz bisher auf eine Ersatzabgabe für den Verzicht auf Autoparkplätze verzichtet hat. Wir sehen nicht ein, weshalb hier eine Regelung für etwas geschaffen werden soll, das bisher bereits möglich war. Der Vorstoss ist unglücklich, weil mit der Zustimmung zum Ausnahmegesuch für einen parkplatzlosen Bau dieser Zustand mit einem Grundbucheintrag auf Jahre hinaus zementiert wird. Es macht auch – betrachtet man es juristisch – keinen grossen Sinn, dass ein Verzicht in einem Grundbuch zementiert werden muss. Der Vorstoss ist unserer Meinung nach unglücklich und wird von uns abgelehnt.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke für die differenzierten Voten. Die Meinungen zu diesem Thema liegen weit auseinander. Es polarisiert. Wie Christian Roth erwähnt hat, rennen die Vorstosseinsreichenden offene Türen ein. Der Gemeinderat kann den Vorstoss nicht als Motion annehmen, da autofreies Wohnen gemäss den geltenden Regelungen bereits möglich ist. Er hegt aber Sympathie für das Anliegen und ist bereit, es zu prüfen, damit die Reglemente entsprechend angepasst werden können und die Bevölkerung bewusster auf die Möglichkeit von autofreiem Wohnen aufmerksam gemacht werden kann.

---

#### **Beschluss**

Das Postulat wird abgelehnt.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

### **3. 0829 Postulat (Lager/Caminada) "Tagesschulen in der Gemeinde Köniz"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Valentin Lager (CVP):** Zuerst bedanke ich mich bei Gemeinderat Ueli Studer für die Beantwortung des Postulats. Ich danke auch, dass der Gesamtgemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären. Ich darf daraus schliessen, dass auch der Gemeinderat gewillt ist, die kantonalen Vorgaben zur Umsetzung eines adäquaten Tagesschulangebots innert der gesetzten Frist umzusetzen. Nicht einverstanden erklären wir uns mit dem Antrag, das Postulat gleichzeitig mit der Annahme abzuschreiben. In meinen Augen hat der Gemeinderat den ersten Satz unseres Postulats wahrscheinlich nur bruchstückhaft gelesen und deshalb Antrag auf Abschreibung gestellt. Ich zitiere: "Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Parlament per 1. August 2010 einen Bericht zur Umsetzung des Tagesschulangebots in der Gemeinde Köniz zu unterbreiten." Ich glaube gerne, dass der Könizer Gemeinderat extrem schnell arbeitet, aber einen Bericht mehr als 18 Monate vor dem Termin zu unterbreiten, ist auch dem Könizer Gemeinderat nicht möglich.

Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären, aber nicht abzuschreiben, bevor der besagte Bericht vorliegt.

Erlauben Sie mir einige Bemerkungen zur gemeinderätlichen Antwort: Meines Erachtens werden diverse Postulatsforderungen nur halbherzig oder allenfalls zu wenig konkret angegangen. Unter dem Titel "Leitfaden" entnehme ich der Antwort: "Die Einführung der Tagesschulen ist eine operative Aufgabe, da die Vorgaben des Kantons sehr detailliert sind. Zuständig sind somit die Schulleitungen." Zudem wird mehrmals darauf hingewiesen, dass die Vorgaben vom Kanton her kommen. Auch hier hat der Gemeinderat wahrscheinlich nicht richtig gelesen, denn im kantonalen Leitfaden zur Einführung und Umsetzung von Tagesschulen auf Seite 27, Art. 34 Abs. 2, VSG, ist Folgendes erwähnt: "Eine erste Aufgabe der Gemeinde ist es, die für die Tagesschulangebote zuständige Behörde für die Planung und Umsetzung zu bezeichnen. In der Regel wird die Schulkommission damit beauftragt." Nebst dem Umstand, dass der Kanton der

Ansicht ist, dass die Einführung von Tagesschulen eine strategische und keine operative Aufgabe ist, ist es in meinen Augen nicht sehr weitsichtig, den Könizer Schulen als Hilfestellung einen Link auf [ww.erz.be.ch/tagesschulen](http://ww.erz.be.ch/tagesschulen) zu vermitteln. In seiner Antwort erwähnt der Gemeinderat denn auch, dass die nötigen gesetzlichen Regelungen in der Agglomeration Bern möglichst einheitlich sein sollen. Dem kann grundsätzlich zugestimmt werden. Wie soll aber eine Einheit auf Stufe Agglomeration erzielt werden, wenn die Könizer Schulen mit einem Link auf eine kantonale Homepage abgespiesen werden?

Ich wiederhole an dieser Stelle die Postulatsforderungen, auf die der Gemeinderat in seiner Beantwortung praktisch nicht eingeht. In folgenden Bereichen soll koordiniert und unterstützt werden: Konzept, Finanzen, Personal, Bedarfsabklärungen, Evaluation, Standort und Qualitätsanforderungen. Für eine saubere Koordination muss zuerst einmal klar dargestellt werden, was vorgenommen werden soll und dann muss dort unterstützt werden, wo es nötig ist. Ich habe gehört, dass in der Gemeinde Köniz punktuelle Unterstützungen erbracht werden, so z. B. bei der Anstellung von Personal für Tagesschulen. Damit ist es jedoch nicht getan. In diesem Sinn rufe ich den Gemeinderat dringend dazu auf, die nötigen Bestimmungen so rasch als möglich einheitlich zu regeln, dafür zu sorgen, dass die Schulkommissionen adäquat unterstützt werden, und schliesslich dem Parlament darüber – und dann hoffentlich mit Stolz – Bericht zu erstatten. Ich kann mir zum Schluss eine politische Wertung nicht verkneifen: Ich bin von diversen Einwohnenden der Gemeinde Köniz angegangen worden, die sich alle über das im Vergleich zur Stadt Bern aktuell doch eher schlechte Angebot an Tagesschulen beklagt haben. Diese Kritik ist nicht von der Hand zu weisen. Die Gemeinde Köniz will – was sehr erfreulich ist – eine familienfreundliche Gemeinde sein. Nur, ein Bekenntnis allein genügt nicht, man muss auch etwas dafür tun.

Die Forderungen des Postulats sind in keinem Sinn erfüllt. Wir warten sehr gerne den August 2010 ab, um dannzumal vom Bericht des Gemeinderats Kenntnis zu nehmen. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären, aber nicht abzuschreiben.

**Christoph Salzmann (SP):** Tagesschulen als Teil der familienexternen Kinderbetreuung gehört zum Kernanliegen der SP Köniz. Wir sind deshalb den Postulanten dankbar, dass wir heute wieder einmal Gelegenheit erhalten, darauf hinzuweisen. Am 11. Februar 2008 hat das Parlament das Postulat 0720 "Vereinbarkeit Familie-Beruf" erheblich erklärt. Gemäss Protokoll mit grossem Mehr. Das Postulat verlangt ein Konzept für die Tagesbetreuung von Kindern ab dem Alter von fünf Monaten bis 16 Jahre, womit die Tagesschulen inbegriffen sind. Der Bericht zu diesem Postulat muss spätestens in einem Jahr vom Parlament beraten werden. Innerhalb von wenigen Monaten zum gleichen Thema vom Gemeinderat zwei Papiere erarbeiten lassen, wäre aber unnötige Arbeitsbeschaffung. Deshalb ist die SP für die sofortige Abschreibung des vorliegenden Postulats. Ich könnte nun mein Votum beenden, äussere mich aber noch zur Begründung des Vorstosses: Die Abteilung Bildung und Sport befasst sich seit Anfang der Neunzigerjahre mit dem Thema Tagesschulen und hat mitgeholfen, die erste in der Schulanlage Liebefeld aufzugleisen. In den Legislaturzielen sind Tagesschulen Bestandteil des Ziels 3.1.1. Im Februar 2006 hat der Gemeinderat das Reglement über Tagesschulen vorgelegt. Auch im Verwaltungsbericht kann immer wieder über Aktivitäten der Gemeinde in diesem Bereich nachgelesen werden. Die Abteilung Bildung und Sport hat an der Ausarbeitung des kantonalen Leitfadens und der Verordnung mitgewirkt. Mit einem Telefon an die Abteilungsleitung hätte dies in Erfahrung gebracht werden können. Der Gemeinderat hat im Budget 2009 die Schaffung von vier neuen Tagesschulen vorgesehen. Wäre das Budget 2009 anlässlich der Beratung zurückgewiesen worden, wäre dieses Ziel allenfalls massiv gefährdet gewesen. Es bestehen auch Koordinationsgefässe wie die Zentrale Schulkommission und die Schulleiterkonferenz und deshalb kann ich nicht nachvollziehen, weshalb erklärt wird, die Gemeinde lasse die Schulen im Stich. In dieser Aussage liegt nach meinem Dafürhalten subjektive Wahrnehmung. Sicher, die Antwort des Gemeinderates zum Vorstoss ist nicht allzu üppig ausgefallen. Wir werden jedoch weiterhin Aktivitäten von seiner Seite wahrnehmen können. Offenbar wird demnächst eine Revision des Bildungsreglements vorgenommen.

Ich meinerseits setze viel Hoffnung darauf, dass der Gemeinderat das Aufgegleiste schnell und gut umsetzen wird.

**Daniel Oester (jfk):** Ich verfüge nicht über so viele Internas wie Christoph Salzmann und deshalb ist mein Votum aus einem anderen Blickwinkel zu verstehen. Das vorliegende Postulat verlangt aus unserer Sicht zwei grundsätzlich verschiedene Sachen: Erstens soll dem Parlament im August 2010 ein Bericht über die Umsetzung des Tagesschulangebots unterbreitet werden. Zweitens verlangen die Postulanten, dass die Gemeinde Köniz die Schulkommissionen bei der Organisation der Tagesschulen unterstützt. Die Antwort des Gemeinderates ist aus un-

serer Sicht ungenügend, weil sie auf Forderungen der Postulanten gar nicht eingeht. Mit dem Verweis, dass ab 2010 ein Rechtsanspruch für einen Tagesschulplatz besteht, soll ausgedrückt werden, dass der verlangte Bericht als nicht notwendig erachtet wird. Da zwischen einem theoretischen Rechtsanspruch und einer praktischen Umsetzung aber ein grosser Unterschied besteht, beharren wir von der FDP/jfk-Fraktion auf dem von den Postulanten verlangten Bericht. Zum zweiten Teil des Postulats verweist der Gemeinderat in seiner Antwort auf die Verantwortung der Schulleitungen und auf einen kantonalen Leitfaden. Wie die Gemeinde die Schulleitungen aber konkret bei der Umsetzung des Leitfadens unterstützen soll, geht aus der Antwort nicht hervor. Wir verlangen vom Gemeinderat, dass der zweite Teil des Postulats zuhänden des Parlaments nochmals detailliert beantwortet und dass ein Bericht per 1. August 2010 vorliegen wird.

Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären, ohne es gleichzeitig abzuschreiben.

**Hans Moser (SVP):** Die SVP-Fraktion hat eine andere Meinung. Die Forderungen im Postulat sind von der DBS (Direktion Bildung und Sport) kurz und bündig beantwortet worden, was in unseren Augen richtig ist. Die SVP-Fraktion wird das Postulat erheblich erklären und gleichzeitig abschreiben. Als Familienvater mit bürgerlichem Hintergrund vertrete ich die Meinung, dass an den Schulen Bildung stattfinden und Erziehung und Sozialbetreuung den Eltern überlassen werden soll. Die Entwicklung unserer Gesellschaft verlangt heute jedoch andere Betreuungsformen und Tagesschulen sind aus diesem Grund angebracht. Das Wirrwarr und das unkoordinierte Vorgehen, das die Postulanten festgestellt haben, kann ich nicht nachvollziehen. Anhand des Beispiels der Schule Mittelhäusern stelle ich Folgendes fest: Der Schulleiter hat gemäss der Anordnung der DBS und den Vorgaben der kantonalen Tagesschulverordnung bereits im März 2008 eine Umfrage mit sieben Modulen vorgenommen. Die eingegangenen Fragebogen in Mittelhäusern haben aufgezeigt, dass mehr als 10 Eltern für die Einführung einer Tagesschule votiert haben. Dieses Ziel ist an der Schule Mengestorf nicht erreicht worden. Das Konzept ist vom Schulleiter sofort erstellt worden und die Schulkommission hatte jederzeit Einsicht und ist miteinbezogen worden. Per Schuljahr 2010/2011 ist der Anspruch für eine Tagesschule an der Schule Mittelhäusern vorhanden und die DBS wird die notwendigen Schritte einleiten. Deshalb ist es in unseren Augen nicht notwendig, das vorliegende Postulat aufrechtzuerhalten.

**Liz Fischli (Grüne):** Auch wir Grünen haben das Postulat mehrheitlich unterzeichnet, weil uns sehr interessiert, wie die Gemeinde Köniz die neuen kantonalen Vorgaben betreffend Tagesschulen umsetzen wird. Wir begrüssen es, dass der Gemeinderat bereit ist, im neuen Schuljahr 2009/2010 vier neue Tagesschulen einzurichten. Wir hoffen, dass dies gelingen wird. In unseren Augen ist es auch richtig, wenn der Gemeinderat rät, gemäss dem verbindlichen kantonalen Leitplan vorzugehen. In der Antwort des Gemeinderates vermissen wir jedoch Angaben zur strategischen Gesamtplanung und zu den Anforderungen an die Formen und die Qualität der Tagesschulen. In diesem Sinn ist die Planung nicht nur eine rein operative Aufgabe, sondern sehr wohl auch eine strategische. Der kantonale Leitfaden weist darauf hin, dass gemäss dem Volksschulgesetz in der Regel die Schulkommissionen mit der Planung und Umsetzung von Tagesschulen beauftragt werden. Als nächsten Schritt sieht der kantonale Leitfaden die Einsetzung von Projektgruppen vor Ort vor, mit allen wichtigen Beteiligten aus Schulkommission, Schulleitung, Lehrerschaft, Schulsozialarbeitenden und Elternvertretungen. Die zuständige Vertretung des Gemeinderats, besonders jene für die baulichen Massnahmen, soll frühzeitig einbezogen werden. Das entspricht Art. 3 unseres kommunalen Tageschulreglements, das mit etwas anderen Worten ungefähr dasselbe aussagt. Wir wären deshalb froh um eine nähere Erläuterung des Gemeinderates zur Könizer Organisation für die Planung und Entwicklung der Tagesschulen. Im Rahmen einer Gesamtplanung könnten Qualitätsstandards festgelegt und Synergien zwischen den einzelnen Schulen berücksichtigt werden. Uns interessiert deshalb, ob und wie die Zentrale Schulkommission in diesen Prozess einbezogen ist und wie die Projektgruppen vor Ort allenfalls aussehen werden.

Noch ein Hinweis, der uns wichtig erscheint: Neue Tagesschulen werden nach neuem kantonalem Recht geführt. Gemäss Erziehungsdirektion entsteht mit der Eröffnung von neuen Tagesschulangeboten ein Rechtsanspruch für alle Schülerinnen und Schüler der ganzen Gemeinde auf einen Tagesschulplatz. Allerdings können Schülerinnen und Schüler auf ein benachbartes Angebot verwiesen werden und die Gemeinde muss die Transportkosten übernehmen. Dies wäre noch abzuklären.

Im Übrigen begrüssen und unterstützen wir die Absichten des Gemeinderats. Wir werden die weitere Entwicklung mit grossem Interesse und genau verfolgen. Der Bericht, den die Postulanten per 1. August 2010 fordern, kommt aus unserer Sicht zu spät. Es ist richtig, wenn der Bericht zum SP-Postulat früher abgegeben werden kann. Wir erwarten darin die nötigen Auskünfte.

te, wie und ob der Gemeinderat die notwendigen Anpassungen rechtzeitig vornimmt. Wir sind aus dieser Sicht bereit, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen.

**Peter Antenen (FDP):** Welcher Rechtsanspruch für Tagesschulen auch immer bestehen soll. Welches Reglement oder welche Weisung des Kantons zugrunde liegen mag. Wenn sie flächendeckend eingeführt werden, sind Tagesschulen ein Quantensprung im Schulangebot der Gemeinde Köniz. Als Schulkommissionsmitglied der Schule Buchsee-Köniz weiss ich – gestützt auf die letzte Schulkommissionssitzung – nichts anderes, als dass eine Schulleiterin bestimmt worden ist und dass an gewissen Schulen Probleme in Bezug auf die notwendigen Räumlichkeiten bestehen. Die Tagesschulen werden per Anfang Schuljahr 2009/2010 eingeführt, und nun müssen wir zuerst einmal Resultate abwarten. Das vorliegende Postulat verlangt nichts anderes, als dass nach einem Jahr Betrieb ein Resümée erstellt wird. Nimmt man die Sache auch nur halbwegs ehrlich, muss das Postulat nicht abgeschrieben werden, denn damit ist es vom Tisch, bevor das Schuljahr überhaupt begonnen hat. Es geschieht überhaupt nichts mehr. Ich kann das von Valentin Lager Gesagte voll und ganz unterstützen. Als Schulkommissionsmitglied werde ich während des Schuljahres stets nach dem Stand der Tagesschulen gefragt. Gerade weil es sich in Bezug auf die Tagesschulen für die Gemeinde Köniz um einen Quantensprung handelt, bin ich der Meinung, dass nach einem Jahr Betrieb auch das Parlament zu informieren ist.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich habe sehr interessiert zugehört. Den einen ist die Beantwortung des Postulats zu kurz, anderen wiederum zu lang. Den goldenen Mittelweg zu finden, ist dem Gemeinderat hier schwergefallen. Ausserdem gilt es, den Blickwinkel zum Thema zu berücksichtigen. Tagesschulen waren und sind immer ein grosses und dem Gemeinderat wichtiges Anliegen. In den letzten Jahren sind die Schulkommissionen und Schulleitungen durch die Abteilung Bildung und Sport (ABS) stets unterstützt worden. Die Gemeinde Köniz hat sich in den letzten Jahren gegenüber neuen Angeboten in Bezug auf die Tagesschulen nicht verschlossen. Wir sind stets wieder dafür gelobt worden, wie fortschrittlich unsere Gemeinde ist. Gerade kürzlich konnte ich am Jubiläum des 10-jährigen Bestehens der Tagesschule im Liebefeld teilnehmen. Wir haben uns auch bei anderen Angeboten nicht verschlossen, sei dies in Bezug auf die Schulsozialarbeit oder auf den Schulversuch Basisstufe in Niederscherli und in Köniz-Buchsee. Die ABS hat auf kantonaler Ebene mitgearbeitet und genau diese Mitarbeit beim Kanton hat es möglich gemacht, dass wir stets sehr frühzeitig Informationen über Entwicklungen von Bildungsangeboten aufnehmen und entsprechend vorbereiten konnten. Das ist nun wieder beim Rechtsanspruch der Fall, den das Volksschulgesetz für Tagesschulen vorgibt. Deshalb sind wir bereit, vier neue Tagesschulen auf das Schuljahr 2009/2010 zu eröffnen. Der Rechtsanspruch, dass 10 Eltern in ihrem Schulkreis verlangen können eine Tagesschule einzuführen, ist klar und fürs Schuljahr 2010/2011 rechtsgültig. Dass wir damit infrastrukturmässig und personell auch herausgefordert sind, ist ebenso klar. Durch die neue kantonale Volksschulgesetzverordnung wird unser Tagesschulreglement obsolet. Die Zentrale Schulkommission wie die Schulleitungen haben dies früh erkannt und wir sind an der Arbeit, das Bildungsreglement den neuen Gegebenheiten anzupassen und die Tagesschulen ins Bildungsreglement zu integrieren. Die Zentrale Schulkommission hat eine erste Lesung vorgenommen und das Bildungsreglement nun den Schulleitungen, den Schulkommissionen, den Elternräten und allen Beteiligten in die Vernehmlassung gegeben. Nach der Vernehmlassung wird eine zweite Lesung stattfinden und voraussichtlich im Mai oder Juni 2009 werden Sie das neue Bildungsreglement hier beraten und Einfluss nehmen können.

Der Antrag des Gemeinderats auf Erfüllung und gleichzeitige Abschreibung des Postulats ist auf den Umstand zurückzuführen, dass die Motion 0720 "Vereinbarkeit Familie-Beruf" in dieselbe Richtung zielt und es keinen Sinn macht, innerhalb kurzer Zeit zwei Berichte zu erstellen. Halbherzig, hat Valentin Lager erklärt, habe der Gemeinderat gewisse Postulatsanforderungen beantwortet. Ich bin nicht dieser Meinung. Ich habe das Herz in beide Hände genommen und daran mitgewirkt, dass die vier Tagesschulen per August 2009 in Betrieb genommen werden können.

Von diversen Votanten ist erwähnt worden, dass die Schulkommissionen nicht unterstützt werden. Diese Aussage kann ich nicht nachvollziehen. Jede Schule hat in der Zentralen Schulkommission Einsitz. Hier werden die strategischen Entscheide vorbereitet und ausgearbeitet, wie auch die Leistungsvereinbarungen mit den verschiedenen Schulen – das beinhaltet auch die Tagesschulen. Wenn nun erklärt wird, die Schulkommissionen seien nicht informiert, muss in meinen Augen irgendwo ein Knoten bestehen, der zu lösen wäre. Ich nehme die Kritik entgegen. Heute Morgen hatte ich aufgrund eines Berichts in der Zeitung "Der Bund" ein Telefonat mit der Leitung einer grösseren Schule der Gemeinde, die aussagt, diese Kritik nicht nachvoll-



ziehen zu können, weil die Unterstützung durch die Abteilung Bildung und Sport gut sei. Es handelt sich um einen Prozess, aber auch um einen Kulturwandel zwischen den Schulkommissionen und den Schulleitungen, den operativen und den strategischen Teil zu trennen. Diese Diskussion haben wir hier bereits geführt. Der Leitfaden des Kantons ist angesprochen worden. Die Führung einer Tagesschule ist ein operatives Geschäft. Natürlich muss die Strategie auf der oberen Ebene funktionieren und die operative Ebene unterstützen, denn welche Schulkommission will sich mit einem 80-seitigen Leitfaden auseinandersetzen und strategische Beschlüsse fassen?

**Valentin Lager (CVP):** Ich gehe davon aus, dass sich Gemeinderat Ueli Studer mit etwas mehr Herz in beiden Händen für die Realisierung der Weissenstein-Hallen eingesetzt hat. Im Bereich Tagesschulen scheint es mir, sei das Herz etwas kleiner gewesen.

Zwei, drei Repliken: Mit der von mir angesprochenen strategischen Ebene ist offensichtlich nicht das Parlament, sondern die Schulkommission gemeint. Ich wollte auf den Zwiespalt hinweisen, dass in der gemeinderätlichen Antwort erklärt wird, zuständig sei die operative Ebene – die Schulleitung – und im kantonalen Leitfaden aufgeführt ist, dass die strategische Ebene – die Schulkommissionen – zuständig sind. Ich bin mit der Aussage einverstanden, dass die ABS im Kanton mitgearbeitet hat, damit eine einheitliche Umsetzungspraxis erfolgen kann. Das ist sehr wichtig. Aber: Tue Gutes und sprich darüber. Ich bin nicht Schulkommissionsmitglied wie Peter Antenen, aber auch er weiss nicht viel bis gar nichts. Ich kenne Personen – unsere Partei hat Schulkommissionsvertreterinnen an der Schule im Spiegel – die den Informationsstand nicht gerade berauschend finden. Kommt hinzu, dass die Schule Spiegel offensichtlich ganz alleine ein Reglement für die Realisierung eines Mittagstisches ausgearbeitet hat. Nebst dem Umstand, dass es keine gute Idee ist, wenn jede Schule ein anderes Reglement ausarbeitet, wäre genau hier der Punkt gewesen, koordinierend einzugreifen.

Zu Christoph Salzmann: Eine Idee ist nur so lange gut, als sie von ihm selber kommt. Er hat erklärt, Tagesschulen seien eine gute Idee, nur habe sie die SP-Fraktion bereits vorher gehabt. Christoph Salzmann verfügt offensichtlich über viele Internas. Ich auch, aber offensichtlich nicht über dieselben. Er hat gesagt, dass ein Telefonat mit der ABS Klärung darüber gebracht hätte, dass sie an der Ausarbeitung der kantonalen Vorgaben mitgearbeitet hat. Aber Christoph Salzmann wird als Meister des publikumswirksamen Auftritts in der Politik wahrscheinlich verstehen, dass man den Wählenden ab und zu zeigen will, für was man sich eigentlich einsetzt. Die Schule Mittelhäusern nimmt eine Umfrage vor, das ist gut. Die Schule Liebefeld hat dieselbe wahrscheinlich vor 10 Jahren bereits gemacht, auch das ist gut. Wie wäre es in diesem Bereich mit etwas Koordination? Zur Bemerkung von Christoph Salzmann in Bezug auf das Budget: Da es sich bei den Ausgaben für die Tagesschulen um gebundene Ausgaben handelt, wären diese von der Rückweisung des Budgets gar nicht betroffen gewesen.

Die CVP ist eine Familienpartei. Uns ist das Ziel wichtig. Ich sehe, dass das Postulat wohl "mit Sympathie" abgelehnt werden wird. Ich danke Gemeinderat Ueli Studer, dass er im Rahmen des Postulats 0720 "Vereinbarkeit Familie-Beruf" Bericht erstatten will. Die CVP als Familienpartei, und ich gehe gemäss den gehaltenen Voten davon aus, sicher auch die FDP und die jfk, werden selbstverständlich die Grösse haben, sich über die Berichterstattung im Rahmen eines Postulats einer anderen Partei zu freuen.

**Hans Moser (SVP):** In Bezug auf das von Valentin Lager vorhin erwähnte Stichwort Kommunikation gebe ich wiederum ein Beispiel der Schule Mittelhäusern: Nachdem die Resultate der von mir vorhin angesprochenen Umfrage vorlagen, ist umgehend ein Konzept ausgearbeitet worden, und eine Projektgruppe ist an die Arbeit gegangen. In dieser Projektgruppe waren die Schulkommission Obere Gemeinde vertreten, der Elternrat Mittelhäusern, die Schulleitung und Susanne Schneider von der ABS. Diese Personen haben zusammengearbeitet. Hier macht es keinen Sinn, wenn erklärt wird, dass Schulkommissionen nicht informiert werden.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich stelle einmal mehr fest, dass Kommunikation keine einfache Sache ist. Ich versichere Valentin Lager, dass ich mich für die Tagesschulen mit ebenso viel Herzblut einsetze wie für die Ballsporthalle. Das Konzept für Ganztageschulen, an dessen Ausarbeitung wir sind, ist von der Gemeinde Köniz quasi in Pionierarbeit vorbereitet worden und ich bitte Sie, uns dannzumal zu unterstützen, wenn das Konzept hier beraten wird. Ich bin bereit, die angebrachte Kritik weiterzuleiten und das Thema Kommunikation noch intensiver zu betrachten.

---

**Beschluss**

Das Postulat wird erheblich erklärt.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

---

**Beschluss**

Das Postulat wird als erfüllt abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: 23 dafür, 15 dagegen)

---

#### **4. 0831 Motion (SP) "Keine Kinderarbeit im Könizer Beschaffungswesen! - Berücksichtigung der IAO-Kernübereinkommen"**

Beantwortung; Direktion Gemeindebauten

**Christian Roth (SP):** Ich danke dem Gemeinderat bestens für die wohlwollende Aufnahme meines Anliegens, im Könizer Beschaffungswesen sicherzustellen, dass keine Kinderarbeit akzeptiert wird. Die Antwort des Gemeinderats zeigt auf, dass er in diesem Bereich für das Ziel, den fairen Handel zu fördern, Sensibilität entwickelt hat. Dort wo vorhanden, will er vertrauenswürdige Labels und Zertifikate mit entsprechenden Qualitätsnachweisen berücksichtigen. Offenbar habe ich mit meinem Vorstoss einmal mehr einen Bereich getroffen, der in die ausschliessliche Kompetenz des Gemeinderats gehört. Ich erkläre mich mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Bund, Kantone und Gemeinden stellen eine gewaltige Nachfragemacht dar. Für fast drei Dutzend Milliarden Franken beschaffen Schweizer Gemeinwesen Waren, Dienstleistungen und Bauleistungen. Diese Nachfragemacht bedeutet Verantwortung auf allen drei Staatsebenen. 43 Prozent und somit der allergrösste Teil der öffentlichen Beschaffungen laufen auf Ebene der Gemeinden. Für die Gemeinde Köniz bedeutet dies, dass geprüft werden muss, wie unser Beschaffungswesen nebst ökologischen und anderen Gesichtspunkten auch soziale Kriterien berücksichtigt. Ich möchte vermeiden, dass ich je erleben muss, was die Gemeinde Uitikon-Waldegg an der Zürcher Goldküste erlebt hat. Die Gemeinde hat vor nicht allzu langer Zeit einen schönen neuen Dorfplatz erstellt, um kurz darauf feststellen zu müssen, dass die dafür verwendeten rötlichen Pflastersteine aus einem südindischen Steinbruch stammen, wo erwiesenermassen Kinder harte Arbeit leisten müssen. Das ist unerfreulich, beschämend und kann vermieden werden. Sie mögen nun einwenden, dass eine faire Beschaffung zu teuer ist. Das ist jedoch kein stichhaltiges Argument. Der Preisunterschied von Produkten ohne Zertifikat zum Produkt mit Zertifikat für faire Arbeitsbedingungen beträgt nur wenige Prozente. Bei vielen Aufträgen, z. B. bei Bauprojekten, fallen die leicht höheren Materialkosten in der Gesamtsumme nicht gross ins Gewicht. Zudem darf es nicht sein, dass wir aufgrund einiger eingesparter Franken die Ausbeutung von Kindern und die Verletzung von Grundrechten akzeptieren. Denken Sie daran, dass die öffentliche Hand Produktionsbedingungen gar nicht selber überprüfen muss und dies oft gar nicht kann. Sie kann und soll die Verantwortung, dort wo dies sinnvoll und möglich ist, an die Leistungserbringer delegieren. Für viele Produkte sind bereits vertrauenswürdige Labels und Zertifikate vorhanden. International tätige Firmen können eigene Kontrollen durchführen und diese von unabhängigen Organisationen überprüfen lassen. Wir kennen viele solcher Beispiele. Handlungsbedarf besteht. Wenn Sie in der kantonalen Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen in Art. 30 Abs. 3 die Auflistung der möglichen Zuschlagskriterien nachlesen, werden Sie feststellen, dass ein wichtiges Kriterium fehlt. Das soziale Kriterium, das unter anderem der Kinderarbeit Einhalt gebietet, ist nicht vorhanden. Das ist unschön und muss meiner Meinung nach dringend auch auf kantonaler Ebene geändert werden.

Mit der Annahme des Postulats helfen Sie sicherzustellen, dass in der Gemeinde Köniz diesem sozialen Kriterium auf Gemeindeebene Achtung verschafft wird und dass wir in Köniz stolz sagen können, dass im Könizer Beschaffungswesen Kinderarbeit keinen Platz hat.

**Ursula Wyss (Grüne):** Das Anliegen des Vorstosses ist absolut sympathisch und eigentlich selbstverständlich. Wir wollen in der Gemeinde Köniz doch absolut nichts, das in irgendeinem Land durch Kinderarbeit hergestellt worden ist. Kinder, die von klein auf arbeiten müssen, anstatt die Schule zu besuchen. Und doch kommt es immer wieder vor, dass Gemeinden oder Firmen Materialien oder Waren beschaffen, die durch Kinderarbeit hergestellt worden sind. Oft aufgrund dessen, weil die Kosten ein grosses Kriterium sind. So passiert im letzten Frühling, als die Credit Suisse anlässlich der Euro in der Schweiz und Österreich zu Dumpingpreisen ange-

schaftte Euro-Fussbälle verteilte, die in Pakistan durch Kinderhände hergestellt worden sind. Das ist sehr peinlich für eine Firma. Das von Christian Roth vorhin erwähnte Beispiel der Gemeinde Uitikon-Waldegg hat im Grossrat des Kantons Zürich zu einer Anfrage geführt. Sicher, das schreibt Gemeinderätin Judith Ackermann auch, ist die lückenlose Rückverfolgbarkeit ein Problem. Dem könnte mit der Berücksichtigung von Waren mit einem Label abgeholfen werden, was in der Antwort des Gemeinderats erwähnt ist. Eine Möglichkeit besteht darin, möglichst Produkte aus der näheren Umgebung – wo die Produzenten bekannt sind – zu beschaffen. Vor ungefähr einer Woche hat die kleine Gemeinde Fridolfing in Bayern (Deutschland) beschlossen, bei zukünftigen Beschaffungen Produkte aus Kinderarbeit zu vermeiden. Sie will bei den offerierenden Firmen unabhängige Zertifizierungen einfordern, die die Herkunft und die Art der Entstehung eines Produkts dokumentieren. Damit liegt die Verantwortung oder die Beweispflicht beim Leistungserbringer. Ohne solche Zertifizierungen werden Firmen nicht mehr berücksichtigt. Die Gemeinde Fridolfing hat beschlossen, mehr Produkte aus der näheren Umgebung zu beziehen. Ich denke, ein solcher Beschluss würde der Gemeinde Köniz ebenfalls gut anstehen. Die Aussenwirkung ist nicht zu unterschätzen, denn immer mehr Leute sind in diesem Bereich sensibilisiert. Immerhin will der Gemeinderat den Vorstoss als Postulat prüfen und wir geben ihm mit der Erheblicherklärung heute – so hoffe ich – die Möglichkeit dazu.

**Mark Stucki (FDP):** In unserem – zum Teil – doch schon höheren Alter neigen wir gerne dazu, die eigene Kindheit zu romantisieren und glückliche Tage heraufzubeschwören, die vielleicht nicht immer ganz so glücklich waren. Romantische Verklärung hin oder her, es ist eine Tatsache, dass die Kindheit die vermutlich prägendste Zeit im Leben eines Menschen ist. Eine Zeit, die durch Lernen, Entdecken, Grenzen ausloten und Erfahrungen sammeln geprägt sein muss. Mit zu diesen Erfahrungen gehört es auch, in der Familie mitzuhelfen, Ämtli zu übernehmen und an die Arbeitswelt hergeführt zu werden. Zu diesen Erfahrungen gehört aber nicht, ausgebeutet zu werden, Gefahren ausgesetzt zu sein, keine Bildung zu erhalten und der Freiheit beraubt zu werden. Bei uns ist das in der Regel eine Selbstverständlichkeit. Für über 200 Millionen Kinder auf der Welt gilt dies aber nicht oder nur mit Vorbehalt. Mehr als 200 Millionen Kinder arbeiten aus wirtschaftlichen Gründen und nicht weil sie zuhause helfen, einen Ferienjob übernehmen oder in der Schnupperlehre sind. Es ist deshalb eine Aufgabe für alle, Kinderarbeit verhindern zu helfen, so dass sich alle Menschen frei entfalten können; ein letztlich urliberales Anliegen. Eine Massnahme dazu ist, keine von Kindern produzierten Güter zu beschaffen. Das ist auch die Stossrichtung des vorliegenden Vorstosses. Grosse Worte, plakative Aktionen und neue Bürokratie verhindern aber keine einzige Minute Kinderarbeit. Das Rezept sind klare Rechtsgrundlagen, für alle verbindliche Standards und ein koordiniertes Vorgehen. Für eine einzelne Gemeinde ist es heute schlicht unmöglich, bei Produkten und Teilprodukten von Einzelfall zu Einzelfall – vor allem bei Lieferungen aus dem Ausland – entsprechende Garantien zu erhalten und vor allem zu überprüfen. Gerade deshalb darf eine grosse Gemeinde wie Köniz die Hände aber nicht in den Schooss legen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Einführung eines allgemein verbindlichen Labels angestrebt wird und dass der Spielraum, wie es der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, dort pragmatisch und wirksam ausgenützt wird, wo er möglich ist. In diesem Sinn wird die FD/jfk-Fraktion dem Postulat zustimmen.

**Stefan Lehmann (SVP):** Auch für die SVP-Fraktion ist Kinderarbeit ein leidiges Thema und auch wir sind selbstverständlich gegen Kinderarbeit. Nebst den Folgen für die betroffenen Kinder werden damit der Wettbewerb und die sozialen Standards verfälscht. Die Globalisierung hat hier, aber nicht nur hier, gewichtige Nachteile. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass die Gemeinde Köniz über kein eigenes Submissionsreglement mehr verfüge und sich an das Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen des Kantons halten müsse. Die Schweiz hat die IAO-Kernübereinkommen ratifiziert und der Bund ist an der Totalrevision des Gesetzes über das Beschaffungswesen. Unter diesen Voraussetzungen macht das Postulat keinen grossen Sinn und wird deshalb von der SVP-Fraktion abgelehnt. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde Köniz hier ein Sonderzüglein fährt. Zudem habe ich meine Zweifel, ob die besten Vorschriften und Reglemente Kinderarbeit verhindern können. Man soll viel eher Materialien und Produkte dort beziehen, wo die Lieferanten bekannt sind und wo das nötige Vertrauen vorhanden ist.

**Valentin Lager (CVP):** Nachdem ich vorhin die SP etwas angegriffen habe, möchte ich hier zeigen, dass ich durchaus in der Lage bin, eine Idee zu unterstützen, die ich nicht selber hatte. Die CVP/EVP-Fraktion wird dem Vorstoss grossmehrheitlich zustimmen und stellt mit einem Augenzwinkern fest, dass hier keine Abschreibung beantragt ist. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort: "Der Gemeinderat ist der Meinung, dass soziale und ökologische Gesichtspunkte bei Beschaffungen wichtig sind und dass das öffentliche Be-

schaffungswesen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im Marktverhalten beitragen kann und soll." Weiter hält er fest: "Längerfristig darf gehofft werden, dass auf kantonaler oder Bundesebene ein Sozial-Label eingeführt wird, welches dann auch beim Beschaffungswesen verwendet werden könnte." Dazu ist aus Sicht des seco (Staatssekretariat für Wirtschaft), von der Abteilung die mit der IAO in Kontakt steht, mitzuteilen, dass es grundsätzlich klar ist, dass man sich an ratifizierte Abkommen zu halten hat. Die Schweiz hat die betroffenen acht Abkommen ratifiziert und damit ist eine Behörde, die in diesem Fall im Rahmen von Submissionsaktivitäten tätig ist gehalten, sich an diese ratifizierten Bestimmungen zu halten. Der Gemeinderat schreibt weiter: "Der Gemeinderat ist aber bereit zu prüfen, ob in den gemeindeeigenen Beschaffungsverfahren allenfalls mit spezifischen Eignungs- und Zuschlagskriterien und einer entsprechenden Selbstdeklaration Verbesserungen zu Gunsten eines fairen Welthandels erzielt werden können." Auch dies ist zu begrüßen, aber auch hier ist klar, dass man sich an den Wortlaut der Abkommen halten muss. Bei der IAO ist es so wie überall: Wo kein Kläger, ist kein Richter. Wenn eine in den acht betroffenen Abkommen enthaltene Bestimmung verletzt wird, passiert so lange nichts als niemand klagt. Das dürfte in vielen Fällen das Problem sein. Umso wichtiger ist die Tatsache, dass der Gemeinderat für seinen Entscheid diese Aspekte grundlegend betrachtet und überprüft. Es könnte unter Umständen sein, dass aus Konkurrenten Kläger entstehen, weil sie feststellen, dass die Konkurrenz aufgrund von Kinderarbeit billiger anbieten kann.

Zu Gemeinderätin Judith Ackermann: Ich habe heute mit dem verantwortlichen Botschafter bei der IAO gesprochen und ihn über den Vorstoss informiert. Er ist sehr interessiert daran, dass aus Sicht der Gemeinden Kontakt mit der entsprechenden Stelle der IAO Kontakt aufgenommen wird und zusammen ein so genannter "code of conduct" ausgearbeitet wird, der zwischen Gemeinden und Kantonen abgeschlossen werden könnte. In diesem könnte die Praxis dargestellt und verbindlicher geregelt werden, wie die acht betroffenen Abkommen eingehalten werden können und damit im Rahmen von Submissionsverfahren vermieden wird, dass Firmen berücksichtigt werden, in denen Kinderarbeit geleistet wird.

**Daniel Oester (jfk):** Eine Ergänzung zum Votum von Ursula Wyss: Das von ihr aufgeführte Beispiel meines Arbeitgebers, der Credit Suisse, aus dem letzten Frühling ist ein Beispiel für miesesten Sensationsjournalismus. Die Credit Suisse hat nach dem Erscheinen des Fernsehberichts einen Bericht bei einer internationalen unabhängigen Agentur in Auftrag gegeben, die eine Überprüfung vorgenommen hat, ob die Standards eingehalten worden sind oder nicht. Im vierten Quartal 2008 ist der Bericht veröffentlicht worden und die Credit Suisse von allen Vorwürfen freigesprochen worden. Tatsache ist, dass einzelne Firmenangestellte diese Bälle mit nach Hause genommen haben und durch ihre Kinder nähen liessen.

**Christian Roth (SP):** Ich bedanke mich für die gehaltenen Voten. Zu Stefan Lehmann: Es ist kein isoliertes Vorgehen, wenn die Gemeinde Köniz hier aktiv wird. Ich habe Informationen auf der Internetseite "kehrseite.ch" eingeholt und in vielen Gemeinden, wie auch in einzelnen Kantonen, sind entsprechende Vorstösse hängig. Das Thema bewegt die Bevölkerung. Ich unterstütze ein gemeinsames Vorgehen, wie es von Valentin Lagger vorhin skizziert worden ist, sehr. Wenn die Gemeinde Köniz hier eine Vorreiterrolle übernimmt, ist das unserer Gemeinde nur würdig.

**Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP):** Wir bewegen uns in einem Problemkreis, der hauptsächlich auf Bundesebene mit entsprechenden Gesetzen zu lösen ist. Es ist einiges im Tun, wie wir gehört haben. Die Schweiz hat die für alle verbindlichen IAO-Kernübereinkommen ratifiziert. Die Kantone haben die staatsvertraglichen Übereinkommen in die interkantonalen Vereinbarungen über das öffentliche Beschaffungswesen übernommen. Das kantonale Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen und die dazugehörigen Verordnungen sind bei uns im Kanton Bern im Jahr 2002 in Kraft gesetzt worden. Wir als Gemeinde Köniz sind kantonalem Recht unterstellt und das ist der Grund dafür, dass eine kommunale Submissionsordnung überflüssig geworden ist. Falls sich bei der aktuellen Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen Änderungen ergeben, werden die entsprechenden Anpassungen via Kanton an die Gemeinden weitergegeben. Wenn wir von Kinderarbeit sprechen, haben wir Kinder vor Augen die dazu gezwungen werden, in Steinbrüchen oder grossen Fabrikhallen unter schlimmsten Bedingungen zu arbeiten. Wir wollen in der Gemeinde Köniz keine Produkte, die auf diese Weise hergestellt worden sind. Die Wertschöpfungskette ist aber sehr kompliziert und es ist nicht immer einfach, die Herstellung eines Produkts und seiner Bestandteile bis zur effektiven Herkunft zurückzuverfolgen. Nehmen wir ein Beispiel: Gemeindeeigene Schulzimmer erhalten einen neuen Anstrich. Der beauftragte Maler verpflichtet sich, die in der Gemeinde

geltenden Weisungen "umweltgerechtes Bauen" zu beachten. Das heisst, dass er z. B. ökologisch wertvolles Material verwenden muss. Die für den neuen Anstrich benötigte Farbe kann sehr wohl den gestellten Anforderungen entsprechen, aber woher stammen die Pigmente und unter welchen Bedingungen sind sie gewonnen worden? Wie kann eine Gemeindeverwaltung überprüfen, ob Kinderarbeit im Spiel gewesen ist? Genau hier liegt das Hauptproblem. Die Herkunft und die Verarbeitung der Rohmaterialien zu erforschen, ist äusserst schwierig, weil offiziell jenes Land als Ursprungsland gilt, wo das Produkt zuletzt verarbeitet worden ist. Deshalb garantiert ein Schweizer Produkt noch lange nicht, dass nicht Teile davon aus einem Land stammen, in dem Kinder ausgebeutet werden. Das Verlangen einer Selbstdeklaration beim Lieferanten ist sehr wohl ein Mittel, gibt jedoch eine falsche Sicherheit. Wer soll nachforschen, wenn es um die Kontrolle der Angaben geht? Ein Gemeinwesen ist dazu kaum in der Lage. Es ist durchaus ein Anliegen des Gemeinderats, Produkte zu beschaffen, die nicht in Kinderhänden entstanden sind. Sehr hilfreich wäre es, wenn auf kantonaler und Bundesebene vertrauenswürdige Labels mit entsprechenden Qualitätshinweisen geschaffen werden. Solche Labels bestehen, jedoch nicht genügend, um alle unsere Beschaffungen abzusichern.

Die Möglichkeiten auf Gemeindeebene sind begrenzt. Sensibilität ist aber auf jeden Fall vorhanden. Höhere Kosten sind nicht das Thema; die Überprüfbarkeit ist das Problem. Es fehlen immer noch Gesetze und Zertifikate, die entsprechende Sicherheit geben. Der Gemeinderat ist sehr bereit zu überprüfen, ob bei den Beschaffungsverfahren Einflussmöglichkeiten bestehen. Ich bitte Sie, den Vorstoss als Postulat erheblich zu erklären.

Zu Valentin Lager: Ich nehme das Angebot sehr gerne an. Die Praxis mit der Theorie zu vereinen ist sehr wichtig und mich würde es freuen, wenn wir für die Erarbeitung einen gemeinsamen Weg finden.

---

#### **Beschluss**

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

#### **5. 0832 Postulat (SVP) "Landwirtschaft und Alternativenenergie"**

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

**Niklaus Hofer (SVP):** Ich danke dem Gemeinderat für die sehr ausführliche Antwort auf das Postulat. Aus Sicht der SVP-Fraktion hat sich der Gemeinderat in seiner Antwort sehr stark auf das Raumplanungsgesetz abgestützt. Wir sind der Ansicht, dass nicht spezielle Kleinbauzonen, wie in der gemeinderätlichen Antwort bezeichnet, geschaffen werden müssen, sondern dass von Fall zu Fall entschieden werden soll, was machbar ist. Vielleicht auch mit so genannten Ausnahmegewilligungen. Gemeinderat und Parlament setzen sich in der Gemeinde Köniz sehr stark für die Förderung von Alternativenenergien ein. Dafür muss aber die notwendige Infrastruktur geschaffen werden. Mit der Überweisung des Postulats zwingen wir den Gemeinderat dazu, das Problem nicht beiseite zu legen, sondern weiter nach Lösungen zu suchen und bei Bund und Kanton vorstellig zu werden. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

**Jan Remund (Grüne):** Die Grünen haben hier Stimmfreigabe beschlossen. Dies aus folgendem Grund: Uns geht es in dieser Sache um einen Holzschnitzelbetrieb in Gasel. Wir Grünen sind generell für die Nutzung von Holz und diese soll sehr stark gefördert werden. Das Ganze ist für mich auch ein schlechtes Beispiel von sinnloser Bürokratie. In der Schweiz stehen Tausende von Grastrocknungsanlagen – Heubühnen –, will aber jemand Holz in einem Gebäude trocknen lassen, ist dies in Landwirtschaftszonen verboten. Die unbefriedigende Situation für den Holzschnitzelbetrieb in Gasel dauert seit Jahren an. Aus unserer Sicht sollte an diesem Ort eine Lagerhalle realisiert werden können. Lärm- und Geruchseinwirkungen auf die Nachbarn sprechen ebenfalls für eine Nutzung in der Landwirtschaftszone. Eine Lösung ist dringend. Wahrscheinlich liegt sie in einem Ausnahmegesuch gemäss Raumplanungsgesetz, wie dies von Niklaus Hofer erwähnt worden ist. Aus unserer Sicht ist der Holzschnitzelbetrieb von der Gemeinde zu unterstützen, sie soll sich auf anderen politischen Ebenen dafür einsetzen. Die Erheblicherklärung des Postulats würde den Druck auf die Gemeinde aufrechterhalten.

Es gibt aber auch eine andere Optik: Der Text der Forderung ist nicht in unserem Sinn. Wir wollen keine Kleingewerbebezonen auf Bauernhöfen. Der Betrieb eines Pneu-services kann und muss in einer regulären Gewerbezone stattfinden. Die Lösung ist sicher auf Kantons- und Bundesebene zu suchen. Unsere Vertreter in diesen Parlamenten werden sich dafür einsetzen.

Einen kleinen Seitenhieb auf die SVP Schweiz kann ich mir an dieser Stelle nicht verkneifen: Sie scheint die Holzschnitzelnutzung nicht für wichtig zu erachten, sonst gäbe es sicher eine Bundeslösung.

**Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Auf den ersten Blick tönt die Forderung des Postulats verlockend. Platz für die Holzschnitzelproduktion, Solarenergie, Windenergie. Das alles in der Gemeinde Köniz und erst noch als Alternativeinkommen für die Landwirtschaft. Auf den zweiten Blick wird aber klar, dass das Anliegen, dafür spezielle Flächen auszuscheiden, den Grundsätzen des Raumplanungsrechts geradezu widerspricht. Ziel der Raumplanung in der Schweiz ist eine klare Trennung von Bau- und Landwirtschaftszonen. Wir wissen, dass diese klare Trennung in vielen Gemeinden leider nicht immer eingehalten wird. Es gibt immer wieder Ausnahmen und Ausnahmegewilligungen. Schlussendlich wird es zu einer Zersiedelung der Landschaft kommen. Nun wird aber gerade die Gemeinde Köniz als sehr gutes Beispiel dafür aufgeführt, dass sie diesen leidigen Trend nicht mitmacht. Letzte Woche war ein dementsprechender Artikel in der Zeitung "Der Bund" und derselbe Artikel ist letzten September in der Zeitung "NZZ" erschienen. Unser Parlament hat im Oktober 2008 die Motion 0812 "Begrenzung Bauzonenfläche auf dem heutigen Stand" überwiesen. Das ist ein klares Signal dafür, dass die Gemeinde Köniz eine sorgfältige und vorausschauende Raumplanungspolitik betreibt. Wir tragen Sorge zu unserem Boden. Ebenso wollen wir die Planungsabteilung nicht mit Sisyphusarbeit beschäftigen. Es ist klar, dass hier etwas rechtlich Unmögliches gefordert wird. Man sollte sich auf Gemeindeebene nicht davon abschrecken lassen, dass möglicherweise übergeordnete Gesetze geändert werden. Gemeinden können oft eine Vorreiterrolle einnehmen und dahin wirken, dass etwas sinnvoll geändert wird. Hier geht es aber um einen Grundsatz und diesen zu ändern liegt in Niemandes Interesse.

Die SP-Fraktion wird das Postulat grossmehrheitlich ablehnen. Wir sind für eine zukunftsweisende Raumplanung und nicht für einen Flickenteppich.

**Bernhard Bichsel (jfk):** Wir Liberalen begrüssen die Liberalisierungsschritte, die in den letzten Jahren im Bereich Landwirtschaft eingeleitet worden sind. Für uns dürfen diese Schritte in den Bereichen Marköffnung, Zoll, Markt- und Exportsubventionen aber noch deutlich weitergehen, sind sie doch Garant für bessere Preise und die beste Entwicklungshilfe für die Länder der dritten Welt. Für unsere Bauern bedeutet dies hingegen eine Herausforderung und damit sie diese meistern können, sind weniger Regulierungen nötig, z. B. im Raumplanungsgesetz oder im Boden- oder Pachtrecht. Diese Regulierungen müssen abgeschafft oder zumindest massiv vereinfacht werden. Es braucht also Kreativität. Unsere Bauern sollen Unternehmer werden. Wir sehen eine grosse Chance für unsere Landwirte im Energiebereich und aus diesem Grund haben wir auch grosse Sympathie für den Vorstoss und können ihn im Grundsatz unterstützen. Für uns Liberale ist der vorliegende Vorstoss aber nicht stufengerecht, weil die notwendigen Anpassungen nicht auf Gemeindeebene vollzogen werden können und zudem ist der Prüfungsauftrag des Postulats aus unserer Sicht bereits erfüllt und das Geschäft somit abgeschlossen. Die FDP/jfk-Fraktion vertritt deshalb die Ansicht, dass die Landwirte und die Umwelt dringend mehr Flexibilität nötig haben. Aus den genannten Gründen leisten wir aber dem Antrag des Gemeinderats Folge, das Postulat abzulehnen. Allerdings irritierte uns der Antrag. So steht doch im Vorstosstext, dass der Gemeinderat "zu prüfen" aufgefordert wird. Aus unserer Sicht ist die Prüfung bereits erfolgt und daher wäre es sinnvoller gewesen, das Postulat anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben. So verfährt der Gemeinderat aber scheinbar eher mit noch nicht erfüllten Vorstössen.

**Valentin Lagger (CVP):** Der Zufall will es, dass ich mich mit Vielem, was heute beraten wird, auch beruflich auseinandersetze. Deshalb hier einige Bemerkungen. Der Postulatstext ist etwas zu eng gehalten und kann deshalb wahrscheinlich nicht angenommen werden. Er sagt insbesondere, dass "im Rahmen der Ortsplanungsrevision geprüft werden soll". Da aber übergeordnetes Recht bindend ist, ist es wahrscheinlich auf Stufe Gemeinde müssig, sich im Rahmen der Ortsplanungsrevision mit einem solchen Thema zu befassen. Nichtsdestotrotz ist es selbstverständlich wichtig und auch richtig, dass Alternativenenergien gefördert werden.

Das Raumplanungsgesetz beinhaltet bereits heute Ausnahmeregelungen, die es ermöglichen, Gesuche zu bewilligen, die in Landwirtschaftszonen etwas in Richtung Alternativenenergie umsetzen wollen. Aktuell ist eine Revision des Raumplanungsgesetzes in der Vernehmlassung und dort geht meines Wissens der Antrag in diese Richtung, dass diese Möglichkeiten ausgebaut werden. Beim Bundesamt für Landwirtschaft ist ein Kredit vorhanden, mit dem spezielle Projekte unterstützt werden können. Beim Bundesamt für Landwirtschaft können Landwirte Gesuche

zur Förderung von Alternativenenergien eingeben. Diese werden bewilligt und finanziell unterstützt, wenn sie den Kriterien entsprechen.

**Rolf Zwahlen (EVP):** Die CVP/EVP-Fraktion befindet sich ebenfalls in einem Spagat, ähnlich wie die vorhergehenden Votanten. Einerseits anerkennen wir die Bestrebungen der Landwirte, die kreativ sein müssen und einen gewissen Handlungsspielraum brauchen. Diesen können sich die Landwirte aber aus unserer Sicht zurzeit nur über Ausnahmegewilligungen holen. Andererseits anerkennen wir alle Bestrebungen, die auf Alternativ- und erneuerbare Energien hinauslaufen. Auch hier muss in der Gemeinde vorwärts gemacht werden, was jedoch das übergeordnete Gesetz nicht zulässt. Aus diesem Grund sehen wir wie der Gemeinderat die Notwendigkeit, das Postulat abzulehnen, da es auf Stufe Gemeinde nicht umsetzbar ist.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Auch der Gemeinderat hegt Sympathie für den Vorstoss, denn auch ihm ist die Nutzung von Alternativenenergie ein grosses Anliegen und wir sehen die Not der Landwirte, die von ihrem Grund und Boden teilweise nicht mehr leben können. Dies vor allem dann, wenn der Grundbesitz klein ist und andere Einkommensmöglichkeiten gesucht werden müssen. Das Problem ist bereits mehrfach angesprochen worden: Wir sind in einem rechtlichen Korsett. Unser Gestaltungsspielraum ist limitiert und vor allem abhängig von der Bundesebene. Wir können auch nicht von Fall zu Fall entscheiden, so verlockend dies sein mag. Es gilt Rechtsgleichheit und wir müssen für alle gleiches Recht anwenden. Wir wollen das Problem aber nicht beiseite legen. Wir sind beim Kanton bereits für beide in der Gemeinde betroffenen Betriebe vorstellig geworden. Wir sind aktiv an der Suche nach Lösungen. Der Bund hat anlässlich der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes den Handlungsspielraum für Biomasse und Solarenergie etwas erweitert, der Bezug zur Landwirtschaft muss aber vorhanden und die Bewirtschaftung des Betriebs weiterhin gewährleistet sein. Das Nebeneinkommen muss sich dem Landwirtschaftsbetrieb unterordnen. Diese Voraussetzungen sind gegeben. Die laufende Raumplanungsrevision bringt in diese Richtung leider nichts Neues, sondern Themen sind Bauzonen, die regional und nicht kommunal auszuweisen sind und ein neu zu schöpfender Begriff für Landwirtschaft, Naturschutz, Gewässer, Waldzonen, so genannte Kulturlandzonen. Aber die Möglichkeit, dass Landwirte vermehrt Alternativenenergien produzieren könnten, diese bleibt weiterhin limitiert. Da so viele Parlamentsmitglieder den Vorstoss unterzeichnet haben, ist anzunehmen, dass er Sympathie gefunden hat. Im Grunde genommen würden wir uns jedoch widersprechen, wenn das Postulat erheblich erklärt wird. Wir wollen keine Zersiedelung, was mit der Erheblicherklärung der Motion 0812 "Begrenzung Bauzonenfläche auf dem heutigen Stand" auch von Ihnen festgehalten wurde. Wenn solch spezielle Flächen ausgeschieden werden, würden wir der Zersiedelung Raum geben, was gemäss Bundesgerichtsentscheid nicht unterstützt wird. Das ist der Grund, weshalb der Gemeinderat beantragt, das Postulat abzulehnen. Der Begriff "Spezielle Flächen für landwirtschaftsnahe gewerbliche Nutzungen" existiert nicht.

Wir sind trotzdem bereit, die Angelegenheit anlässlich der Ortsplanungsrevision zu prüfen, denn wir wissen nicht, was auf Bundesebene noch geschieht. Die Ortsplanungsrevision benötigt noch etwas Zeit. Wichtig ist, dass sich alle dafür einsetzen, dass auf nationaler Ebene etwas geschieht.

Zur Bemerkung von Jan Remund, dass es widersinnig sei, wenn Grastrocknungsanlagen erlaubt sind, Holzschnitzeltrocknung aber nicht. Das kann ich verstehen und ist auch in meinen Augen nicht ganz nachvollziehbar. Wir können dies aber hier auf Gemeindeebene nicht ändern und müssen auf den Bund warten.

**Niklaus Hofer (SVP):** Anhand der gehaltenen Voten stelle ich fest, dass das Postulat keine Chance haben wird. Schade, denn damit werden Türen verschlossen. Ich gebe bekannt, dass ich das Postulat zurückziehe.

## 6. 0834 Interpellation (Jugendparlament) "Sicherheit im öffentlichen Raum"

Beantwortung; Direktion Sicherheit

**Parlamentspräsident Harald Henggi:** Ich begrüsse jetzt besonders Jonas Hirschi und Patrik Locher, die Delegation des Jugendparlaments. Martin Graber hat Antrag auf Diskussion gestellt.

Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird die Diskussion gewährt.

**Patrik Locher (Jugendparlament):** Zuerst bedanke ich mich im Namen des Jugendparlaments herzlich beim Gemeinderat für die Beantwortung unserer Interpellation. Wir Jugendparlamentsmitglieder schätzen es sehr, dass wir in der Gemeinde Köniz ernst genommen werden. Wir erklären uns von der Antwort des Gemeinderats grundsätzlich befriedigt. Wir hätten uns jedoch gewünscht, dass nicht nur Bezug auf die Gewaltausübung von unter 18-Jährigen genommen wird, sondern auch auf Erwachsene, die Gewalt gegen Jugendliche ausüben. Dass mit Jugendlichen nicht nur Personen von unter 18 Jahren gemeint sind, ist im Vorstosstext vielleicht zu wenig explizit erwähnt worden. Wären Vorfälle mit Personen von über 18 Jahren berücksichtigt worden, hätte das sich sicher in der aufgeführten Statistik niedergeschlagen. Die vom Gemeinderat aufgeführten hauptsächlichen Massnahmen gegen Gewalt beziehen sich auf jugendliche Täter, so z. B. Diskussionsrunden, Aufklärungen in der Schule oder Regelungen in Jugendtreffs, etc. Welche Massnahmen sieht der Gemeinderat bezüglich älteren Tätern, die Gewalt gegen Jugendliche ausüben vor? Ausser z. B. Polizeipatrouillen? Bezüglich der aufgeführten Statistik wäre interessant zu wissen, wo genau sich diese Vorfälle ereignet haben. Eventuell wäre daraus ersichtlich, an welchen Orten in der Gemeinde Köniz solche Ereignisse geschehen. Diese Resultate könnten mit den Massnahmen in Bezug auf die Polizeipatrouillen verknüpft werden. Wir hätten auch gerne Kenntnis davon, wann, wo und wie oft Polizeipatrouillen eingesetzt werden, denn es hat in unseren Augen keinen grossen Sinn, Polizeipatrouillen zur Gewährung der öffentlichen Sicherheit mittags um 12.00 Uhr einzusetzen. Anlässlich unserer Diskussionen im Jugendparlament ist von vielen Mitgliedern festgestellt worden, dass um 03.00 Uhr morgens – wenn man mit dem Moonliner auf dem Nachhauseweg ist – keine Polizeipatrouillen unterwegs sind. Genau dieser Zeitrahmen ist jedoch ins Visier zu nehmen, denn oft passiert etwas genau dann. Zudem würden wir gerne in ungefähr einem Jahr Ergebnisse des Projekts "Runder Tisch" sehen, das zurzeit angelaufen ist. Aus der Antwort des Gemeinderats ist ausserdem ersichtlich, dass Rivalitäten zwischen Peergruppen (z. B. Niederscherli gegen Köniz, Hip Hopper gegen Skater usw.) vorhanden sind. Solche Rivalitäten können wir Jugendparlamentsmitglieder bestätigen. Wir würden vom Gemeinderat gerne wissen, welche Massnahmen gegen dieses Phänomen getroffen werden können. Wir denken, dass es gut ist, wenn Events wie z. B. die Schulkulturtage im OZK von Securitasleuten begleitet werden. Als ich noch im Gymnasium Köniz zur Schule ging, wurden für den einmalig durchgeführten Schülerball vier Personen der Bronco Security angestellt. Die vier Sicherheitsleute waren notwendig, um den Anlass sicher über die Bühne zu bringen, denn es gab viele Anpöbeleien, und viel Alkohol war im Spiel.

Das Thema Videoüberwachung ist im Jugendparlament sehr kontrovers diskutiert worden. In meinen Augen ist es richtig und gut, wenn öffentliche Plätze überwacht werden können, z. B. Schulareale oder Bahnhöfe. Zu weit dürfen solche Überwachungen jedoch nicht gehen, das darf meiner persönlichen Meinung nach nur in einem gewissen Rahmen geschehen. Wenn potenzielle Täter/Täterinnen wissen, dass z. B. ein Schulareal überwacht wird, kann diese Kenntnis sie unter Umständen vom Vandalieren abhalten. Vandalismus entsteht meist sehr spontan und wird selten geplant. Vandalismus entsteht sehr oft aus Langeweile und deshalb möchten wir, dass sich Gemeinderat und Parlament dafür einsetzen, dass in Köniz mehr Möglichkeiten dafür geschaffen werden, damit sich Jugendliche z. B. sportlich mehr betätigen können. Ich verweise hier auf ein Projekt des Jugendparlaments: Der Skaterpark im Liebfeld-Park. Alle Parlamentsmitglieder haben eine Einladung für einen Informationsanlass dazu erhalten. Leider ist die Resonanz zurzeit nur mässig.

**Martin Graber (SP):** Ich danke dem Jugendparlament für die Einreichung des Vorstosses und dafür, dass sie sich einmischen. Ich gratuliere Patrik Locher zum gehaltenen Votum. Sicherheit ist schliesslich ein Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. Sicherheit ist Grundvoraussetzung für eine gute Lebensqualität. Der Sicherheit muss deshalb Sorge getragen werden, und Ängste sind ernst zu nehmen. Der Begriff Sicherheit ist umfassend und beinhaltet weit mehr als die Abwesenheit von Gewalt. Drei Punkte dazu: Soziale Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Chancengleichheit und Bildung für alle. Die objektive Sicherheit ist in der Schweiz glücklicherweise sehr hoch, ein Vergleich mit z. B. Kolumbien oder Kasachstan genügt. Das nützt jedoch den von Gewalt Betroffenen herzlich wenig. Deshalb sind die aufgeführten Statistiken zwar schön und gut und sicher auch nötig. Sie helfen jedoch nicht viel weiter. Genau so wichtig wie die objektive Sicherheit ist die subjektive. Das Sicherheitsempfinden hängt nicht nur – aber auch – mit der Häufigkeit von kriminellen Handlungen zusammen. Die subjektive Sicherheit wird genau so von sozialen, wirtschaftlichen oder städteplanerischen Faktoren beeinflusst. Wie sicher ist der Arbeitsplatz? Wie sicher ist die Rente? Kann ich mir Krankheit finanziell noch leisten? Muss ich auf meinem Heimweg abends durch eine schummrige Unterführung und habe deshalb Angst?



Die subjektive Sicherheit ist entscheidend für die Lebensqualität. Die Fragen des Jugendparlaments sind Fragen zur Jugendgewalt. Diese gibt es. Jugendgewalt bekämpfen heisst hinschauen, früh eingreifen, Grenzen setzen. Es braucht neben kurzfristigen Interventionen aber längerfristige Ursachenbekämpfung. Die im Bericht aufgezeigten Massnahmen gehen sicher in die richtige Richtung. Ich bin aber klar der Meinung, dass den Risikofaktoren im sozialen Umfeld besser begegnet werden muss. Hier kann und muss die Gemeinde Köniz aktiver werden. Ich bin sehr froh um die gute Arbeit der Schulsozialarbeitenden an unseren Schulen. In den Schularenen wird Gewaltprävention vorgenommen, es könnte jedoch noch mehr sein. So müssten an den Schulen z. B. Programme für Gewaltprävention und Kommunikation in den Lehrplan integriert werden. Das ist jedoch Sache von Schulleitungen, die in diese Richtung hin wirken können. Skeptisch bin ich bei der Videoüberwachung. Eine Videokamera ist stationär, Menschen hingegen, besonders die Jugendlichen, sind mobil. Deshalb braucht es Leute, die hinschauen und Grenzen setzen. Das können z. B. Polizisten sein. Der öffentliche Raum ist aus diesem Grund derart zu gestalten, dass sich abends alle mit einem guten Gefühl an solchen Orten aufhalten können. In den "guten alten Zeiten", als man noch mit den Holzskier vom Gurten heruntergefahren ist – das bestätigte mir ein Metzger aus dem Liebfeld – haben auch Rivalitäten zwischen den verschiedenen Quartieren bestanden, was manchmal zu grösseren Schlägereien geführt hat. Ich will mit dieser Aussage die heute bestehende Jugendgewalt aber auf keinen Fall verharmlosen.

Ich danke dem Jugendparlament für seine Einmischung. Aktive Mitarbeit an und in der Gesellschaft ist sicher die beste Prävention.

**Hanspeter Kohler (FDP):** Sicherheit und Vandalismus sind Kernthemen des Freisinns. Wir begrüssen aus diesem Grund die Interpellation des Jugendparlaments und gratulieren dazu. Dass die Thematik Sicherheit im öffentlichen Raum vom Jugendparlament eingebracht worden ist, d. h. von Jugendlichen selber, zeigt auf, dass die Thematik nicht nur aktuell, sondern ernst zu nehmen ist. Die Jugendgewalt nimmt zu, die erwähnte Studie des Notfallzentrums des Inselspitals zeigt dies deutlich auf. Als Jugendlicher, aber auch als Erwachsener kann man sich abends leider nicht mehr überall im öffentlichen Raum frei bewegen und sich dabei sicher fühlen. Das ist bedenklich. Die Gemeinde Köniz muss nun alles dafür unternehmen, dass in Bezug auf die Sicherheit mindestens der Status quo gehalten oder sogar verbessert werden kann. Um dies zu erreichen, können verschiedene Pilotprojekte gestartet werden. Prävention ist ein wichtiger Schritt zur Eindämmung, genügt aber nicht. Die Täter müssen für ihr Fehlverhalten in die Verantwortung genommen werden und hier sind leider gewisse repressive Schritte nötig. Auch uns interessiert, wo die Polizeipatrouillen in der Gemeinde Köniz unterwegs sind. In Bezug auf die Videoüberwachung hält der Gemeinderat fest, dass es sich um eine Prüfung eines Pilotprojekts handelt. Ein Pilotprojekt für Videoüberwachung ist ein Anfang. Wir sind der Meinung, dass dieses Pilotprojekt auf Schularenen und bei Bahnhöfen gestartet werden soll. Die gesetzlichen Grundlagen sind vorhanden.

**Urs Maibach (Grüne):** Sicherheit im öffentlichen Raum berührt uns alle immer mehr. Die Interpellation bezieht sich in erster Linie auf die Problematik von Übergriffen auf Jugendliche. Die Jugendlichen fühlen sich im öffentlichen Raum vor allem am Abend und in der Nacht unwohl. Sie fühlen sich unsicher und sind beunruhigt. Aus diesen Gründen reagieren sie nun darauf und erwarten klare Massnahmen. Ich finde es daher richtig, dass sich das Jugendparlament der Problematik annimmt und dieses Thema zur Diskussion bringt und, um der Sache mehr Druck zu verleihen, eine Interpellation eingereicht hat. Leider hat mich die Reaktion des Gemeinderats erstaunt. Die Interpellation hat das Thema Gewalt an Jugendlichen und Übergriffe auf Jugendliche. Leider muss ich feststellen, dass der Gemeinderat in seiner Beantwortung von Gewalt unter Jugendlichen und von Drohungen durch Jugendliche spricht. Das ist, wie ich feststellen muss, auch von den Mitgliedern des Jugendparlaments so verstanden worden. Die Problematik, dass Übergriffe von Jugendlichen auf Jugendliche stattfinden, ist vorhanden. Die in der Interpellation gestellten Fragen zielen meiner Meinung nach jedoch in Richtung Gewalt von Erwachsenen an Jugendlichen. Es ist wichtig, dass diese Problematik wirklich ernst genommen wird. Grundsätzlich zeigen die Antworten des Gemeinderats auf, dass es sich hier um ein Thema mit noch vielen offenen Fragen handelt. Die Antworten sind nicht klar, zielgerichtete Massnahmen fehlen in seinen Aussagen. So könnte z. B. im Rahmen des REK (Raumentwicklungskonzept) das Problem der Gestaltung von jugendgerechten öffentlichem Raum zusammen mit Jugendlichen angegangen werden. Einige gute Ansätze sind vorhanden, wie z. B. die Einführung der "Runden Tische" oder mit dem Präventionsprojekt gggfon. Wichtig sind Investitionen in die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Eltern, Jugendarbeit, Behörden und Polizei. Ich sehe

dies aber nicht als eigentliche Massnahme, sondern als Erarbeitung von Stossrichtungen, in welchen die Massnahmen entwickelt und abgehandelt werden.

Die Grünen bedanken sich für die Antwort des Gemeinderats. Wir erklären uns davon teilweise befriedigt.

**Markus Bont (EVP):** Ich danke dem Jugendparlament für die Einreichung der Interpellation und gratuliere Patrik Locher zu seinem Votum. Sicherheit im öffentlichen Raum ist ein grosses Thema und als Massnahmen werden vorgeschlagen, die Schutzfaktoren zu erhöhen und die Risikofaktoren zu vermindern. Ein wichtiger Punkt ist hier, dass Jugendliche in diesen Fragen vermehrt Verantwortung übernehmen können. Zwei Punkte: Die grosse Mehrheit der Jugendlichen ist nicht gewalttätig. Ich habe heute Mittag meine 15-jährige Tochter gefragt, wie sicher sie sich in der Schule, auf dem Schulweg oder am Abend unterwegs fühlt. Sie fühle sich sicher, lautete die Antwort.

**Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP):** Ich danke den Jugendparlamentsmitgliedern herzlich für die Einreichung der Interpellation, sie ist gut und wichtig. Patrik Locher gratuliere ich zu seinem guten Votum.

Patrik Locher hat verschiedene Fragen gestellt, auf die ich näher eingehen will. Wir haben die Fragen hauptsächlich in Bezug auf Jugendliche beantwortet. Wir haben die Fragestellung so verstanden. Gewalt von Erwachsenen ist vorhanden, das ist stets wieder den Medien zu entnehmen. Ein sehr grosser Anteil an Gewalt von Erwachsenen gegen Jugendliche ist jedoch die häusliche Gewalt. Diese muss von Amtes wegen verfolgt werden. Als die Polizei noch in der Gemeindehoheit lag, weiss ich aus den erstellten Rapporten, dass häusliche Gewalt leider sehr oft vorkommt. Diese wird aber verfolgt und angezeigt, aber auch begleitet von Therapien und Hilfeangebote. Auf die Frage wann, wo und wie oft Polizeipatrouillen stattfinden, muss ich festhalten, dass es nicht sinnvoll ist, diese Details hier öffentlich bekanntzugeben. Als die Polizei noch in der Gemeindehoheit lag, haben jedes Mal wenn die Polizei infolge häuslicher Gewalt usw. in der Nacht ausrücken musste, Patrouillen stattgefunden, vor allem an den Brennpunkten. Die Polizei patrouilliert aufgrund des neuen Vertrags mit dem Kanton 1'000 Stunden mehr pro Jahr. Wir halten viermal pro Jahr Rapportsitzungen mit der Kantonspolizei ab, an welchen wir mitteilen können, wo vermehrt und zu welchen Zeiten patrouilliert werden soll. Die Kantonspolizei muss uns auch Rechenschaft über die geleisteten Stunden ablegen. Darauf werden wir ein Auge haben und unseren Einfluss weiterhin geltend machen. In meinen Augen ist es auch richtig und wichtig, dass Events von Sicherheitspersonen begleitet werden, wie dies Patrik Locher mit dem Beispiel des Schulballs am Gymnasium Lerbermatt beschrieben hat. Die Veranstalter sind jeweils verpflichtet, ihr Sicherheitskonzept offen zu legen.

Urs Maibach hat erwähnt, dass wenige konkrete Antworten enthalten sind. Wir werden eine Studie über die Sicherheit im öffentlichen Raum vornehmen, das ist in den Legislaturzielen des Gemeinderats als Ziel für 2008 aufgeführt. Infolge der Vorverschiebung der Kantonalisierung der Polizei, konnten wir mit dieser Studie noch nicht starten. Das wird aber in diesem Jahr der Fall sein. Bei neuen Projekten, wie z. B. dem Liebefeld-Park spielt die Sicherheit im öffentlichen Raum sicher eine grosse Rolle, das ist eine Selbstverständlichkeit. Zu den Ergebnissen der "Runden Tische" und zu den Peergruppen möchte ich das Wort an Gemeinderat Ueli Studer weitergeben, weil die Koordinationsgruppe soziale Sicherheit in seiner Direktion ist.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Auch ich habe Freude an der Interpellation des Jugendparlaments. Ebenso Freude habe ich, und Themen sind genug vorhanden, wenn das Jugendparlament weitere Vorstösse einreicht.

Zu den Fragen: Ihr Jugendparlamentsmitglieder möchtet gerne besser darüber informiert sein, was an den so genannten "Runden Tischen" diskutiert wird. Dazu Folgendes: Ab 2009 werden vermehrt "Runde Tische" abgehalten, so z. B. in Schliern. In Niederscherli und Wabern sind die "Runden Tische" installiert und die Fachstelle Prävention nimmt an den Diskussionen teil. Das Jugendparlament wird zu einem grossen Teil von Anja Novacki und Stephan Schüepp, Fachstelle Prävention, begleitet. Diese beiden Fachpersonen können bestens über die Diskussionen informieren. Patrik Locher hat die Frage gestellt, welche Massnahmen wir gegen das Phänomen von Feindlichkeiten zwischen zwei Schulen oder verschiedenen Jugendgruppen – so genannte Peergruppen – vorzunehmen gedenken. Dieses Phänomen kommt immer wieder vor und kann mit der Zusammensetzung einer Klasse zusammenhängen. Hier wirkt die Fachstelle Prävention direkt aufs betroffene Schulteam ein, sucht den Herd und versucht diesen aufzulösen. Es wurde auch gefragt, ob die Schulkulturtage durch Sicherheitspersonen begleitet werden. Das ist bereits in den letzten Jahren der Fall gewesen und hat sich sehr bewährt.

Vorhin hat Patrik Locher den Vorfall, als Schneebälle gegen das Fenster geworfen wurden, als Vandalismus bezeichnet. Dazu muss ich mich äussern: Ich hoffe, dass die jungen Leute auch in 10 oder 15 Jahren, wenn denn hier noch Schnee fallen wird, einmal einen Schneeball werfen dürfen. Das Werfen eines Schneeballs – vielleicht auch gegen eine Scheibe – verursacht noch keinen grossen Schaden. Wenn ein Schneeball jedoch wahllos in einen Bus hineingeworfen wird, wie ich es erlebt habe, muss ich sagen: Das geht nicht. Dieses Phänomen – wenn in Kauf genommen wird, dass sich Personen bei solchen "Attacken" unter Umständen schwer verletzen können – ist in den Schulen angegangen worden. Die Schulleitungen sind dafür sensibilisiert und die Schulkinder werden z. B. im OZK bis zur Bushaltestelle durch Lehrpersonen begleitet und überwacht. Das Jugendparlament wünscht mehr Projekte, in welchen sie sich engagieren können, z. B. im Bereich Sport. Ich weise darauf hin, dass der Schulsport in der Gemeinde Köniz sehr gut ausgebaut ist. Bitte teilt dies Euren Mitgliedern mit. Schulsport muss nicht mit dem Schulaustritt enden, man kann sich weiter aktiv betätigen.

Zum Pilotprojekt Videoüberwachung hat Hanspeter Kohler erklärt, die rechtlichen Grundlagen seien vorhanden. Das stimmt nicht ganz. Die rechtlichen Grundlagen sind vom Grossen Rat zwar verabschiedet worden, wir erwarten aber erst Mitte 2009 die entsprechende Verordnung des Regierungsrats. Wenn die Verordnung in Kraft ist, kann ein Konzept erarbeitet werden, das beim Kanton einzureichen und von ihm gutzuheissen ist. In diesem Sinn werden wir vorgehen. Das Stichwort soziale Brennpunkte: Wie Gemeinderätin Marianne Streiff vorhin erwähnt hat, werden wir eine Studie durchführen. Unsere Erfahrungen zeigen aber, dass die sozialen Brennpunkte nicht an bestimmten Orten installiert sind, sondern sich immer wieder verschieben. Was heisst sozialer Brennpunkt überhaupt? Das sind öffentliche Räume, die von bestimmten Gruppen für sich in Beschlag genommen werden. Das können ein Kinderspielplatz, ein Friedhof oder ein anderer Ort sein. Hier hat sich ein Rezept bewährt: In der seit 2002 installierten Koordinationsgruppe soziale Sicherheit sind alle Beteiligten involviert und dort werden Probleme beraten und wenn notwendig wird interveniert.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

## **7. 0835 Interpellation (Grüne) "Quartierverträglichkeit der Rolli Transport AG"**

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

**Jan Remund (Grüne):** Ziel der Interpellation war, dass wir die Einschätzung der Gemeinde zur Situation vor Ort kennenlernen. Das Studium des Richtplans für Gasel liess mich zum Schluss kommen, dass an diesem Ort Probleme bestehen müssen, da der Lastwagenbetrieb mit Nachtfahrerlaubnis auf drei Seiten von Wohnzonen umgeben ist. Überraschenderweise ist die Situation jedoch relativ unproblematisch. Ich habe jedoch von Anwohnenden gehört, dass der Lärm mitunter störend sein kann. Leider ist keine Lärmmessung vorgenommen worden und deshalb keine wirklich objektive Aussage möglich. Die Situation ist aus dieser Sicht unbefriedigend. Von der Antwort des Gemeinderats erkläre ich mich jedoch befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

## **8. 0836 Interpellation (EVP) "Platzmangel Schule Niederwangen"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Markus Bont (EVP):** Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort, erkläre mich davon aber nur teilweise befriedigt. Dies aus folgenden Gründen: Die Antwort geht nicht auf die Frage ein, wie das dringende Platzproblem gelöst werden soll. Der Bedarf nach mehr Raum an der Schule Niederwangen, die Primar- und Oberstufe beinhaltet, ist seit Jahren unbestritten. Heute fehlen vor allem Gruppenräume, Klassenzimmer, Spezialzimmer für den NMM-Unterricht, Werkräume, ein Musikraum und ein Raum im Lehrpersonenbereich. Insgesamt fehlen, verglichen mit den kantonalen Soll-Vorgaben der ERZ (Erziehungsdirektion), ungefähr 1'000 Quadratmeter. Die Platzbedürfnisse an der Schule Niederwangen sind gleich zu behandeln wie an allen anderen Schulen der Gemeinde Köniz. Seit Januar 2008 finden zwar Gespräche mit Schulleitung und Schulkommission statt. Mit Gesprächen allein entsteht jedoch nicht mehr Raum. Mir fehlen konkrete Massnahmen und z. B. ein Zeitrahmen, ab wann mit einem bereinigten Raumprogramm

zu rechnen ist. Ich zitiere: "Eine Aufstockung der bestehenden Modulbauten ist möglich und voraussichtlich auch Teil der Massnahmen. Der Zeitpunkt der Realisierung hängt vom Entscheid des Gemeinderats unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten ab." Das Wangental bildet einen Schwerpunkt bezüglich Siedlungsentwicklung in der Gemeinde Köniz und es scheint mir zu einfach, lediglich festzuhalten, dass erst aufgestockt werden kann, wenn die entsprechenden Mittel vorhanden sind. Siedlungs- und Schulentwicklung sollen Hand in Hand gehen. Zur Sanierung des alten Schulhauses Niederwangen: Die Platzprobleme an der Schule Niederwangen haben keinen Zusammenhang mit dem alten Schulhaus. Das alte Schulhaus verfügt über keine Raumkapazität mehr, die Räume sind besetzt mit vielen wichtigen Anbietern wie z. B. der Ludothek. Die Motion 0626 (Egli-Steiner). "Sanierung altes Schulhaus Niederwangen" muss bis 2009 umgesetzt sein. Sanierungen benötigen viel Zeit und deshalb gehe ich davon aus, dass die konkreten Pläne noch in diesem Jahr im Parlament beraten werden. Eine Bemerkung zu der in der Antwort aufgeführten Statistik über die Klassenzahlen: Es gibt verschiedene Darstellungsmöglichkeiten für Grafiken. Dass aber die Spitze einer Grafik nicht mehr aufgeführt wird, ist eine neue Idee. Die Primarschule Niederwangen wächst in den Jahren 2013/2014 auf 9 Klassen, was die Grafik sprengen würde.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

## 9. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

- 0905 Motion (SP) "Ein Platz in einer Kindertagesstätte oder einem Tagespflegeplatz 4 bis 6 Monate nach der verbindlichen Anmeldung"
- 0906 Postulat (FDP) "Köniz für Velofahrer - 'Bike and ride'"
- 0907 Postulat (FDP/CVP/jfk) "Köniz für Kinder - Köniz für Familien"
- 0908 Interpellation (Lagger) "Verlängerung der Tramlinie 9 nach Kleinwabern"
- 0909 Interpellation (jfk) "Zur Sauberkeit bei Könizer Sammelstellen"
- 0910 Motion (jfk) "Kreisel sponsoring - Eine neue Form des Public-Private-Partnership (PPP)"

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Wie der Parlamentspräsident zu Beginn der Sitzung mitgeteilt hat, kann die Interpellation 0837 "Öffentliche Kinderspielplätze, eine Visitenkarte für die Gemeinde" erst im März vom Parlament beraten werden. Ich entschuldige mich dafür.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich orientiere sie über den Stand des Projekts Bernplus (Gründung der Regionalkonferenz Bern). Die Vernehmlassung unter den 100 Gemeinden der Region Bern-Mittelland hat eine deutliche Stellungnahme der Gemeinden zu Gunsten einer Regionalkonferenz ergeben. Über 80 Gemeinden haben dem Regierungsrat die Durchführung einer Urabstimmung beantragt. Ende Jahr hat der Regierungsrat deshalb beschlossen, den Stimmberechtigten dieser 100 Gemeinden am 17. Mai 2009 die Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland zu unterbreiten. An der 4. Konferenz der Gemeindepräsidenten von Bernplus vom 30. Januar 2009 wurde beschlossen, die Regionalkonferenz auf den 1.1.2010 einzuführen, vorbehaltlich der Urabstimmung vom 17. Mai 2009.

Am 25. Juni 2009 wird die 1. Regionalversammlung u. a. das Geschäftsreglement, die Organisation der Geschäftsstelle und die Wahlvorbereitung für die Gremien behandeln. Ende Oktober 2009 wird an der 2. Regionalkonferenz der eigentliche Gründungsakt der Regionalkonferenz stattfinden, und per 1.1.2010 erfolgt die Aufnahme der operativen Tätigkeit. Für nähere Details verweise ich Sie auf die Homepage [www.bern-mittelland.ch](http://www.bern-mittelland.ch).

Die am 5. Mai 2008 überwiesene Motion 0805 "Behördenreferendum und -initiative durch das Parlament" befindet sich in Bearbeitung. In verschiedenen Gemeinden mit Gemeindeparlamenten laufen unterschiedliche Bestrebungen zur Mitwirkung der Parlamente im Rahmen der entstehenden Regionalkonferenz. Die Projektorganisation Bernplus ist bestrebt, Musterbestimmungen zu entwerfen mit dem Ziel diese Mitwirkung möglichst einheitlich zu regeln.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Aufgrund einiger Rückmeldungen haben Gemeinderat Ueli Studer und ich die Eingabefrist für die öffentliche Mitwirkung Schloss Köniz bis zum 13. März 2009 verlängert. Das ist auch auf der Website der Gemeinde Köniz so vermerkt. Dies aufgrund der Tatsache, dass zwei Sportwochen (Gemeinde Bern und Köniz) in dieser Zeit stattgefunden haben.

Die Teilüberbauungsordnung im Bundesareal wird öffentlich aufgelegt. Am 24. Februar 2009 wird eine öffentliche Veranstaltung betreffend der öffentlichen Auflage auf dem Bundesareal im Dreispitz stattfinden, wozu Sie alle eingeladen sind.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich informiere Sie, dass die Grundlagenpläne für die Sanierung des alten Schulhauses in Niederwangen vorliegen. Vorgesehen ist, dass die Mediothek und die Ludothek im alten Schulhaus bleiben. Im 1. OG wird die Kita Platz finden. Im EG ist der Kindergarten – später Basisstufe – vorgesehen und im UG eine Tagesschule mit Mittagstisch und Schülertreff.

**Christian Roth (SP):** Mit einer gewissen Beunruhigung habe ich festgestellt, dass zwei Spielgruppen offenbar die Kündigung ihrer Räumlichkeiten erhalten haben. Vielleicht kann Gemeinderat Ueli Studer dazu etwas erklären. Die Spielgruppe in den Räumlichkeiten des alten Schulsekretariats hat die Kündigung im Dezember per Ende März erhalten und die Spielgruppe Schmetterling im Schulhaus Hessgut muss ebenfalls umziehen. Dies kann unter Umständen mit der bevorstehenden Sanierung der Schulanlage Steinhölzli zusammenhängen. Mich beunruhigt aber, wenn insgesamt 94 Spielgruppenkinder mitten im Schuljahr keinen Platz mehr finden.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Da es sich um ein Liegenschaftsgeschäft handelt, gebe ich das Wort an Gemeindepräsident Luc Mentha weiter.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Die Feststellung von Christian Roth ist richtig. Den beiden Spielgruppen sind die Räumlichkeiten gekündigt worden. Die Kündigung der Räumlichkeiten im alten Schulsekretariat ist deshalb erfolgt, weil wir dringend vier zusätzliche Arbeitsplätze für die DBS unterbringen müssen. Wir werden versuchen, eine Lösung für die Spielgruppe zu finden und ich bin guter Dinge. Über die Kündigung der Räumlichkeiten für die Spielgruppe im Hessgut bin ich nicht informiert.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Über den genauen Stand der Dinge kann ich zurzeit keine genaue Antwort geben. Mir ist bekannt, dass infolge der Sanierung der Schulanlage Steinhölzli im Schulhaus Hessgut Platz benötigt wird. Ich bin aber darüber informiert, dass die Spielgruppe bei der Suche nach Räumlichkeiten unterstützt wird. Wir arbeiten mit den Betroffenen zusammen.

**Parlamentspräsident Harald Henggi:** Die nächste Sitzung findet am 9. März 2009 statt.

Im Namen des Parlaments

Harald Henggi  
Parlamentspräsident

Markus Heinzer  
Parlamentssekretär